Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (RS/WL) weiterlesen

Hier die Übersicht. Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert.

1. Drittländer überkompensieren Exportrückgänge in den Euroraum
2. Jeder Zweite schleppt sich krank zur Arbeit
3. KiK bleibt KiK
4. US-Klage gegen Rating-Agentur: “Hoffentlich sind wir reich und pensioniert, wenn alles zusammenbricht”
5. UBS: 2,5 Milliarden Bonus für 2,5 Milliarden Verlust
6. Schweiz: Schuldeingeständnis Wegelins im Steuerstreit
7. Interview mit Norbert Blüm
8. Dokumentation mutmaßlicher Plagiate in der Dissertation von Prof. Dr. Annette Schavan
9. Stuttgart 21: Wirbel um Ramsauers Aussagen
10. Die Goldjungen und ihre Goldgruben
11. Berichterstattung zum Leistungsschutzrecht: Ein Lob für sueddeutsche.de
12. Hausdurchsuchung bei taz-Fotografen
13. EU plant Propaganda-Patrouille
14. Im Second Life der Redakteure?
15. De Maizière blitzt bei Friedensbewegung ab
16. Das Letzte: Person Trampled As Fight Breaks Out At Greek Free Food Handout
17. Zu guter Letzt: Börsen-“Experten” verlieren gegen eine Katze…

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Drittländer überkompensieren Exportrückgänge in den Euroraum**
   Im vergangenen Jahr legten die deutschen Ausfuhren bemerkenswert kräftig zu. Allerdings fiel die Entwicklung regional sehr unterschiedlich aus. Während die Lieferungen in den Euroraum deutlich zurückgingen, nahmen sie in die Länder außerhalb des Euroraums (Drittländer) stark zu (siehe Tabelle unten)
   Besonders dynamisch expandierten in den vergangenen neun Monaten die Exporte in die USA, in süd- und ostasiatische Schwellenländer sowie nach Japan. Die Ausfuhren in das Vereinigte Königreich und nach Russland schlugen mit Zuwachsraten von fast 12

% ebenfalls positiv zu Buche. Rückläufig waren hingegen die Versendungen in den übrigen Euroraum. Besonders hart traf es die Exporte in die südeuropäischen Krisenländer, die Rückgänge zwischen 8 und 14 % verzeichneten.

Entwicklung der deutschen Warenexporte (nominal) in den ersten drei Quartalen des Jahres 2012

1. Berechnet auf Basis von Ursprungswerten.
2. Berechnet auf Basis von saisonbereinigten Werten der Deutschen Bundesbank.
3. Im Jahr 2011

Quelle 1: DESTATIS (Macrobond); Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IMK.
Quelle 2: IMK Report 2013/79 [PDF – 981 KB]

2. **Jeder Zweite schleppt sich krank zur Arbeit**
   Erwerbstätige sind häufiger krank, als es die Statistiken aussagen. Aus Angst gehen viele trotzdem arbeiten, zeigt eine Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz.
   Quelle: zeit.de
3. **KiK bleibt KiK**
   Christoph Lütgert macht sich erneut auf die Suche nach Mißständen bei KiK. Es ist gerade mal zwei Jahre her, als "Die KiK-Story" bundesweit für Aufsehen gesorgt hat. Der Film zeigte, wie ein Konzern Aushilfen ausbeutet und Fabrikarbeiter arm hält. KiK hatte nach Ausstrahlung versprochen: alles sollte besser werden.
   Und tatsächlich hat KiK nach dem Film auch reagiert und Löhne für Aushilfen erhöht, eine Nachhaltigkeitsinitiative gestartet sowie die Filialen mit Mülltonnen ausgestattet. Doch ist der Sparwahn jetzt wirklich vorbei?
   Der Befund ist ernüchternd. Denn immer noch führt offenbar der Geiz in der Branche zu Leid und Tod. Vor wenigen Tagen gab es erneut Brandopfer in einer Fabrik, die offenbar auch für KiK nähte. Und der tragische Fabrikbrand in Pakistan, bei dem im vergangenen Jahr über 250 Menschen bei einem KiK-Zulieferer starben, ist als eines der verheerendsten Unglücke in die Geschichte der Textilindustrie eingegangen.
   Quelle: NDR
4. **US-Klage gegen Rating-Agentur: "Hoffentlich sind wir reich und pensioniert, wenn alles zusammenbricht"**
   Die Rating-Agentur Standard & Poor's soll während der Kreditkrise windige Papiere absichtlich überbewertet haben – und wurde nun von den USA auf fünf Milliarden Dollar verklagt. In der Anklage zitierte E-Mails dokumentieren das Ausmaß des

Zynismus: Analysten spotten, scherzen und bereiten sich auf den Crash vor.
Quelle: Spiegel-Online

5. **UBS: 2,5 Milliarden Bonus für 2,5 Milliarden Verlust**
   Für einen hohen Milliardenverlust geben sich die Manager der UBS einen hohen Milliarden-Bonus. Verpackt wird der Vorgang in salbungsvolle Worte.
   Gute Leistung wird entlöhnt, schlechte bestraft. So lautet das Mantra der Topshots der Schweizer Banken…Doch die Realität ist eine andere. Eine, die um 180 Grad quer in der Landschaft steht. Soeben hat die UBS Börsenkurs einen weiteren Rekordverlust veröffentlicht. Mit Libor, Adoboli und Investmentbank summierten sich die Verluste fürs Jahr 2012 auf 2,5 Milliarden Franken…
   Die UBS-Chefs unter dem deutschen Präsidenten Axel Weber und dem Tessiner CEO Sergio Ermotti gewähren sich und ihrer Führungscrew einen Bonus von total 2,5 Milliarden Franken. Den gleichen Betrag, den sie in den Sand gesetzt haben, verteilen die beiden obersten UBS-Chefs.
   Quelle: 20 minuten

   Dazu: Weniger zugespitzt liest sich das in der NZZ so:
   Die Grossbank UBS hat den Bonus-Pool für ihre Mitarbeiter für 2012 gegenüber dem Vorjahr um 7% auf 2,5 Mrd. Fr. leicht gekürzt und ein neues Vergütungssystem eingeführt. Die Höhe dieser leistungsabhängigen Lohnbestandteile für 2012 entspreche dem niedrigsten Stand seit Beginn der Finanzkrise und liege 42% unter dem Niveau von 2010, teilte die Bank mit. Angesichts des Milliardenverlusts der UBS im Geschäftsjahr 2012 und der Verwicklung der Bank in den Libor-Skandal sind die Änderungen allerdings nicht als großer Wurf zu sehen…
   Vor dem Jahreswechsel wurde bekannt, dass die UBS aufgrund jahrelanger Manipulationen des Libor durch Mitarbeiter eine Busse von insgesamt 1,4 Mrd. Fr. an Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden bezahlen muss. Vor diesem Hintergrund und aufgrund des Verlusts von 2,511 Mrd. Fr. im Geschäftsjahr 2012 lässt sich die Kürzung der Boni um 7% eher als Kosmetik denn als Meilenstein bezeichnen. Auch Weber nannte das neue Vergütungssystem einen Kompromiss.
   Quelle: NZZ

6. **Schweiz: Schuldeingeständnis Wegelins im Steuerstreit**
   Otto Bruderer und Konrad Hummler, beides Teilhaber der Schweizer Privatbank Wegelin, haben diese Woche den schweren Gang nach New York auf sich genommen. Dabei hat Bruderer am Donnerstag vor dem Gericht des südlichen Bezirks ein Schuldeingeständnis für die Bank abgegeben. Die Bank habe von 2002 bis 2010 Amerikanern geholfen, ihre Steuerpflicht zu umgehen, heisst es darin. Sie habe

gewusst, dass diese Kunden die Gelder nicht deklariert hätten. Und Wegelin sei sich bewusst gewesen, dass das Verhalten der Bank falsch sei. Das Institut hat nun mit den amerikanischen Justizbehörden eine gerichtliche Einigung erzielt. Demnach überweist es insgesamt 74 Mio. $ an Bussen und Entschädigungen in die USA. Im Gegenzug wird die Strafverfolgung gegen die Bank eingestellt. Die Übereinkunft sei vom zuständigen Richter Jed Rakoff genehmigt worden, heisst es in einer Wegelin-Mitteilung. Damit sie rechtskräftig wird, bedarf es aber noch eines formalen Urteils, das auf Anfang März terminiert ist.
Als «Verteidigung» führte Bruderer im Schuldeingeständnis an, die Bank habe gedacht, sie würde aus zwei Gründen in den USA nicht juristisch verfolgt: Zum einen habe sie dort keine Filialen, zum anderen habe sie stets in Übereinstimmung mit Schweizer Recht gehandelt. Das Verhalten von Wegelin sei im Übrigen am Schweizer Finanzplatz üblich gewesen. Aus der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft wird jedoch deutlich, weshalb die Amerikaner am Verhalten der Bank so sehr Anstoss nahmen und Wegelin als erstes Schweizer Institut verklagten. Die Bank habe Verantwortung dafür zu tragen, dass sie Amerikanern geholfen habe, ihre undeklarierten Gelder von der Grossbank UBS zu anderen Instituten zu verschieben, heisst es in einem Communiqué. Nachdem 2008 bekannt geworden sei, dass die USA gegen die UBS ermittelten, hätten Mitglieder der Geschäftsführung von Wegelin beschlossen, Schritte zu unternehmen, um dieses illegale Geschäft anzuziehen. – Mit der Bank wurden seinerzeit auch drei Kundenberater angeklagt. Es deutet nichts darauf hin, dass diese Anklagen hinfällig würden. Die Berater wurden nicht festgenommen, sind sie doch in der Schweiz. Ihnen drohen Gefängnisstrafen von bis zu fünf Jahren. Und ebenfalls ungelöst sind die Fälle der anderen zehn Schweizer Banken, gegen die die Amerikaner ermitteln, die aber nicht angeklagt wurden. Dazu gehören etwa die Credit Suisse, Julius Bär sowie die Basler und die Zürcher Kantonalbank.
Quelle: NZZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Vorbei sind die Zeiten, in denen die NZZ manchmal subtil und manchmal aggressiv – aber immer mit geringem Unrechtsbewusstsein – das Schweizer Steuerrecht gegen das ausländische ausspielte; so zum Beispiel noch am 20. Februar 2009 einen Bankexperten mit den Worten zitierte: "Die USA machen Machtpolitik und scheren sich nicht um die Rechtsauffassung der Schweiz." – Könnte man denken! – Leider interessiert sich die Schweiz, die NZZ immer noch kaum oder gar nicht um die Rechtsauffassung des Rests der Welt im Bereich des Steuerbetruges. In einem Kommentar zum Fall Wegelin spricht Ermes Gallarotti immer noch von der "Kanonenbootpolitik der USA".*

Geradezu töricht wirkt die Erklärung, dass im Jahr 2010 die verwalteten Vermögen amerikanischer Offshore-Kunden 1,2 Mrd. Fr. oder weniger als 5% der von Wegelin betreuten Gelder ausmachten. "Geradezu tragisch mutet an, dass das Offshore-Geschäft mit amerikanischen Kunden, das den Untergang der Bank besiegelt hat, nie von strategischer Bedeutung war", die Bank habe "für einen Pappenstiel ihre Existenz verspielt." Was soll das? Mitteilhaber Otto Bruderer gab in New York zu Protokoll, dass Schweizer Banken ihren ausländischen Kunden praktisch gewerbsmäßig Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisteten. Das heißt doch, dass neben den US-Geldern auch Milliarden aus Deutschland, Frankreich, Italien usw. auf diese Weise bei Wegelin betreut wurden. Abgesehen von dem späten Geständnis Bruderers, hat der damalige geschäftsführende Teilhaber Konrad Hummler, ehemals Bankrat der Nationalbank, bereits 2005 eingeräumt, dass "ein grosser Teil der 3500 Milliarden Franken in der Schweiz verwalteten Vermögen Steuerfluchtgeld" sei. "Alles andere zu behaupten, wäre absurd."
Kaum zu begreifen ist, dass in der Schweiz offensichtlich Politik und Wirtschaftsverbände insgesamt dazu tendieren, die USA mehr oder weniger deutlich der Erpressung anzuklagen. Dabei sollte man meinen, dass zumindest der Realwirtschaft am internationalen Ruf der Schweizer Wirtschaft läge. Die exzellente Schweizer Industrie, die z.B. die deutsche Exportindustrie seit Jahren mit hervorragenden Vorleistungen ausstattet, hat es doch gar nicht nötig, sich schützend vor die Banker zu stellen. – Bereits im Jahre 2002 hätte man in der Schweiz absehen können, was die Zukunft bietet. Der amerikanische Finanzminister Paul O'Neill hatte in einem Brief an Bundesrat Kaspar Villiger einen verbesserten Informationsaustausch bei Steuerdelikten gefordert. Bereits damals war bekannt, Washington an der Schweizer Gesetzgebung Anstoß nahm, da sie die Konten amerikanischer Steuerhinterzieher den Blicken des US-Fiskus entzog. Die Amerikaner meinten es ernst. Schließlich stammt von dem Amerikaner, Benjamin Franklin, der Ausspruch: Nur zwei Dinge auf dieser Welt sind uns sicher: Der Tod und die Steuer. Schon damals hätte die Schweiz erkennen müssen, dass das Bankgeheimnis nicht länger ausländische Steuerflüchtlinge schützen dürfe, dass die Amts- und Rechtshilfe erweitert und die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug aufgehoben werden müsse.

7. **Interview mit Norbert Blüm**
   Hier das vollständige Interview mit Norbert Blüm. Im Film "Das Märchen der Deutschen" können ja nur Auszüge erscheinen.
   Quelle: YouTube
8. **Dokumentation mutmaßlicher Plagiate in der Dissertation von Prof. Dr.**

Annette Schavan
Quelle: Schavanplag [PDF – 382 KB]

Dazu: Merkel spricht Schavan volles Vertrauen aus
Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) nach der Aberkennung des Doktortitels ihr "volles Vertrauen" ausgesprochen. Das sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittag. Nach der Rückkehr der Ministerin aus Südafrika werde "Gelegenheit sein, in Ruhe miteinander zu reden". Seibert sagte, Merkel sei "in gutem Kontakt" mit Schavan. Die Kanzlerin schätze ihre Leistung als Ministerin außerordentlich. Die Entscheidung der Universität Düsseldorf zur Aberkennung von Schavans Titel habe die Bundesregierung zur Kenntnis genommen. Die Regierung verstehe, dass Schavan nun ihre juristischen Möglichkeiten ausschöpfen wolle. Damit werde ein geordnetes rechtliches Verfahren eingeleitet.
Quelle: Spiegel-Online

Kommentar JK: *Das sollte man wohl eher als Drohung auffassen. Hatte Merkel nicht auch Gutti ihre vollste Vertrauen ausgesprochen? Ob eine Bundesbildungsministerin, die bei ihrer Doktorarbeit geschummelt hat noch zu halten ist, ist mehr als fraglich, gerade auch in einem nach wie vor von Standesdünkel behafteten Umfeld der Hochschulrektoren und -präsidenten.*

9. **Stuttgart 21: Wirbel um Ramsauers Aussagen**
Nach den Berichten dieser Zeitung zu den brisanten Inhalten des S21-Dossier hatte Ramsauer am Dienstag öffentlich vor TV-Kameras behauptet, das Papier stamme „aus der untersten Ebene" seines Ministeriums. Demnach hätten die Unterlagen kaum Relevanz…
Tatsächlich wurde das vertrauliche Dossier, das dieser Zeitung seit Sonntag vollständig vorliegt, zum Treffen der DB-Aufsichtsräte am vorigen Dienstag für die Leitungsebene des Ministeriums erstellt. Es trägt in der autorisierten Reinschrift-Fassung vom 30. Januar unter anderem den Vermerk des wichtigen Referats LK 17, das im Ministerium für den Landverkehr und S 21 federführend ist.
Quelle: Stuttgarter Zeitung

Dazu: Aufsichtsräte schon bald mit Verantwortung
Kommentar von Ines Pohl zum möglichen Aus von Stuttgart 21
Ob am Ende die ganz persönlichen Interessen der Aufsichtsräte den Ausschlag dafür geben, dass das Großprojekt S 21 endlich beerdigt wird, bevor weitere Milliarden sinnlos verbuddelt werden? Gut möglich. Bereits seit dem 12. Dezember steht fest, dass die Kosten des Riesenbauprojekts in einem Maße explodieren, mit dem –

zumindest offiziell – niemand gerechnet hat. Schon jetzt, so berichtete der Vorstand im vergangenen Jahr, koste der Bahnhof mindestens 6,8 Milliarden Euro statt der veranschlagten 4,5 Milliarden.
Quelle: TAZ

10. **Die Goldjungen und ihre Goldgruben**
Mit dem neuen „Peerblog“ bemüht sich der einstige Focus-Journalist und heute Agenturchef Steinkühler, den SPD-Kanzlerkandidaten unabhängig von seiner Partei in Szene zu setzen. Das Blog wird nach Steinkühlers Angaben von einigen Unternehmern finanziert, die anonym bleiben wollen. Steinbrück scheint das zu billigen. Sein Sprecher sagt, er kenne die Finanziers. Steinbrück widerspricht.
Wie zu erwarten, ist die Resonanz in den Medien verheerend. Auch die Grünen, die sich mit der SPD und Steinbrück im Wahlkampf eng verbunden haben, fordern inzwischen, die Finanziers offen zu legen. Das Peerblog gilt als handwerklich schlecht gemacht. Steinkühler ist inzwischen dazu übergegangen, Kritiker zu beschimpfen. Auch das Peerblog dürfte sich als Goldgrube erweisen. Ob Steinbrück Kanzler wird oder nicht: So oder so werden Steinkühler und seine Agentur profitieren. Schon heute haben sie dank Steinbrücks Billigung einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht. Das ist Gold wert.
Quelle: Post von Horn
11. **Berichterstattung zum Leistungsschutzrecht: Ein Lob für sueddeutsche.de**
Einer der unangenehmsten Nebeneffekte des vor der Umsetzung stehenden Leistungsschutzrechts (LSR) ist, dass die ein solches Gesetz fordernden Presseverlage ihre Nachrichtenangebote in lobbyistische Sprachrohre verwandelten. Statt einer objektiven Auseinandersetzung mit der umstrittenen Verordnung gab es zahlreiche einseitige Berichte mit klarer Botschaft: Das LSR sei notwendig. Von der “kritischen und ausgewogen Debatte”, wie sie Hubert Burda erfand, war wenig zu sehen. Doch noch ist es für eine objektive Berichterstattung nicht zu spät. Das zumindest scheint man sich in der Redaktion von sueddeutsche.de gedacht zu haben. In den letzten zwei Wochen wurden dort mehrere Artikel rund um das Thema veröffentlicht, die tatsächlich einen kritischen Blick auf das Gesetzesvorhaben werfen und nicht allein aus den Plattitüden der Verlagsmanager bestehen. Und das, obwohl der Süddeutsche Verlag selbst das LSR befürwortet. – Hätte die deutschen Mainstreampresse von Anfang an auf derartig ausgewogene, sorgfältige und den hohen journalistischen Qualitätsansprüchen entsprechende Weise über das Leistungsschutzrecht berichtet – online sowie im Printprodukt – wer weiß, ob wir dann heute überhaupt kurz vor der Verwirklichung eines solchen Gesetzes stünden.
Quelle: Netzwertig

Anmerkung Orlando Pascheit: *Vor allem wegen der Verlinkung der relevanten kritischen Artikel aus der SZ interessant.*

12. **Hausdurchsuchung bei taz-Fotografen**
In eigener Sache
Die taz verurteilt die Durchsuchungen bei zwei unserer Fotografen. Chefredakteurin Ines Pohl sieht darin einen gefährlichen Eingriff in die Pressefreiheit.
Quelle: TAZ
13. **EU plant Propaganda-Patrouille**
Institutionelle Kommunikatoren" sollen vor den Wahlen im nächsten Jahr das Internet überwachen und in eurokritische Debatten eingreifen
Dem Daily Telegraph gelang es, an "Politische Richtlinien für eine institutionelle Informations- und Kommunikationskampagne" der EU zu gelangen. In diesem als vertraulich gekennzeichneten internen Papier (zu dem man im EU-Parlament bislang keine Stellungnahmen abgeben möchte) wird beschrieben, wie "institutionelle Kommunikatoren" die öffentliche Meinung im Internet mit Hilfe von "Werkzeugen" beobachten und beeinflussen könnten. Sie sollen bereits "in einem frühen Stadium" herausfinden, ob "Debatten politischer Natur" auf Twitter, in Facebook, in Foren und in Blogs ein "Potenzial haben, Interesse von Medien und Bürgern auf sich zu ziehen".
Quelle: Telepolis

Der Telegraph-Artikel hier:

EU to set up euro-election 'troll patrol' to tackle Eurosceptic surge
The European Parliament is to spend almost £2 million on press monitoring and trawling Eurosceptic debates on the internet for "trolls" with whom to debate in the run-up and during euro-elections next year amid fears that hostility to the EU is growing.
Quelle: The Telegraph

14. **Im Second Life der Redakteure?**
Was treibt eigentlich Zeitungen und TV-Anstalten dazu, fast täglich mit dieser Feststellung um sich zu werfen, ganz Deutschland diskutiere über dies oder jenes? Aktuell diskutiere dieses Land nämlich über Sexismus oder über die Frage, was Mann noch darf. Verwechselt man da in aller Bescheidenheit nicht Agenda Setting mit "ganz Deutschland"? Oder ist Deutschland nur noch das, was in den Zeitungen gedruckt und bei Jauch und Maischberger in Sprechhülsen gewickelt wird?
Wenn im Feuilleton, in Kommentarspalten und in einigen Weblogs über ein Thema fabuliert wird, wenn etwaige Fernsehsender ihre Talkmaster auf ein Thema ansetzen,

das zuvor ebendort schon abgehandelt wurde, dann soll das schon ein ganzes Land in Diskussion sein? Das muss aber ein kleines Land sein. Oder es haben die, die es unter "ganz Deutschland" schon nicht mehr machen, die sich solche Aufmacher ersinnen, einfach nur ein sehr kleines Wahrnehmungsspektrum. Ist das repräsentativ für ein Land, wenn mögliche 300 Kommentatoren, das vielleicht Fünffache an Bloggern und eine Handvoll Talker mit jeweils vier bis acht Gästen über ein Thema quatscht?
Quelle: ad sinistram

15. **De Maizière blitzt bei Friedensbewegung ab**
Kritik nach Besuch des Verteidigungsministers beim DGB
Von Jörg Meyer
»Die Bundeswehr ist Teil der Friedensbewegung«, sagte Thomas de Maizière nach einem Treffen mit dem DGB. »Bei uns hat er sich noch nicht vorgestellt und um Aufnahme gebeten«, antwortete der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Peter Strutynski, nun gegenüber »nd«.
Quelle: Neues Deutschland
16. **Das Letzte: Person Trampled As Fight Breaks Out At Greek Free Food Handout**
In yet another day marked by simply unbearable propaganda, about an hour ago an EU official pulled a Lanny Breuer and was quoted as saying that "things are going well" in Greece. Oh are they? Then perhaps the same official can explain why a clip of a scuffle breaking out at a free food handout in Greece, where one man was "trampled and injured", and where a "Reuters photographer was hit on the head with cauliflower heads" has been the most watched item on Greek TV in the past day?
Quelle: zerohedge
17. **Zu guter Letzt: Börsen-"Experten" verlieren gegen eine Katze…**
Der Observer hat Börsen-"Experten" gegen Studenten antreten lassen – und eine Katze. Wie fast zu erwarten war, war der Gewinn der Katze nach einem Jahr dreimal so hoch wie der der „Profis".
he Observer portfolio challenge pitted professionals Justin Urquhart Stewart of wealth managers Seven Investment Management, Paul Kavanagh of stockbrokers Killick & Co, and Schroders fund manager Andy Brough against students from John Warner School in Hoddesdon, Hertfordshire – and Orlando.
Each team invested a notional £5,000 in five companies from the FTSE All-Share index at the start of the year. After every three months, they could exchange any stocks, replacing them with others from the index.
By the end of September the professionals had generated £497 of profit compared with £292 managed by Orlando. But an unexpected turnaround in the final quarter has resulted in the cat's portfolio increasing by an average of 4.2% to end the year at £5,542.60, compared with the professionals' £5,176.60.

Quelle: The Guardian

Anmerkung unseres Leser H.B.: *Man sollte die fünf Minuten vor der Tagesschau also besser mit netten Katzen-Videos aus dem Internet füllen, als mit den üblichen Börsenexperten…*